

«Eritreer sind keine echten Flüchtlinge»

ASYLWESEN Asylsuchende aus Eritrea sollen in der Schweiz nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden. Dies fordert der Luzerner Regierungsrat in einem Brief an den Bundesrat. Das Justiz- und Polizeidepartement dagegen verwies auf das geltende Recht.

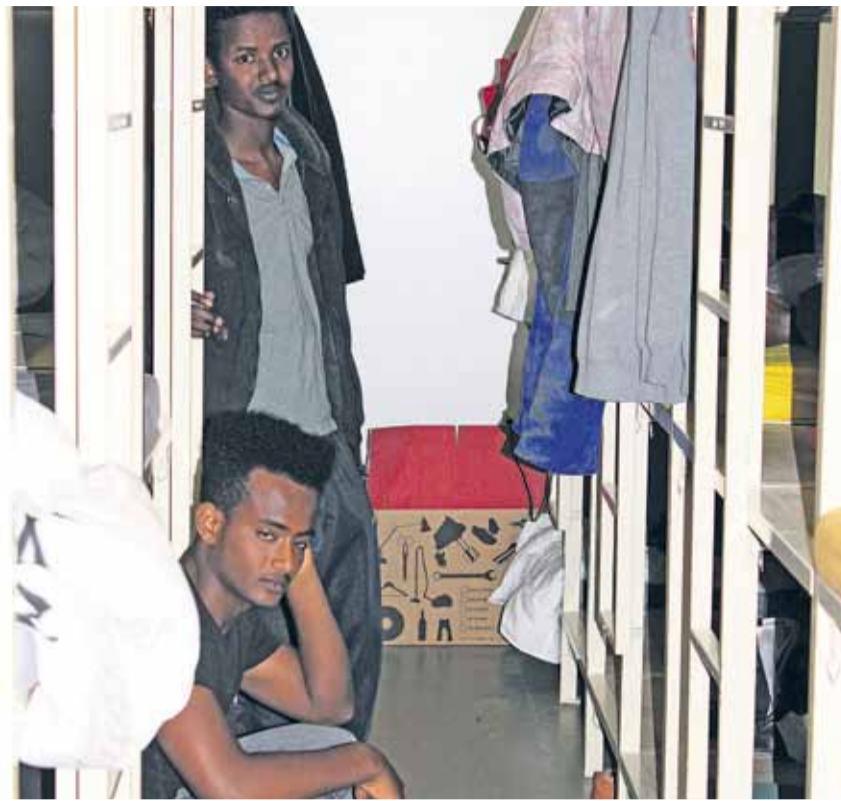
Der Brief, den der Luzerner Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP) im Namen des Regierungsrates an Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga geschrieben hat, ist am Mittwoch auf der Homepage des Kantons publiziert worden.

Der enorme Anstieg der Asylgesuche bringe die in den vergangenen Monaten durch Bund, Kantone und Gemeinden erarbeitete korrekte und politisch mehrheitlich akzeptierte Unterbringung von Asylsuchenden in Gefahr, heisst es in dem Schreiben vom Dienstag.

Als besonderes Problem erachtet Graf Menschen, die aus Eritrea in die Schweiz gelangen. Der Hauptteil der dem Kanton Luzern zugewiesenen Asylsuchenden stamme aus diesem Land, schreibt er. Allein im Juni seien von 167 Asylsuchenden 122 Eritreer gewesen. Dieser «enorme Zulauf aus einem Land» führe dazu, dass das Asylwesen wieder vermehrt infrage gestellt wird.

«Keine Asylgründe»

Gemäss Graf verlassen die jungen Leute wegen der wirtschaftlichen Lage und des drohenden Militärdienstes Eritrea. «Allerdings sind dies keine Asylgründe», schreibt er. Durch eine «zu grosszügige Asylpraxis» werde der «Massenexodus» gefördert. Diese



Der Kanton Luzern verlangt vom Bund eine Änderung der Asylpraxis. Unser Bild stammt von der Notunterkunft in Dagmersellen. Foto WB-Archiv

Fluchtbewegung könne Eritrea langfristig schaden.

Die Asylbewerber aus Eritrea sind gemäss Graf keine echten Flüchtlinge. «Da diese Personen zum Zeitpunkt ihrer Flucht nicht an Leib und Leben bedroht waren, erachten wir die bisherige Praxis der Gewährung eines Flüchtlingsstatus in jedem Fall als falsch», schreibt er. Sollten die Eritreer bei einer Rückführung tatsächlich von Gewalt und Haft bedroht sein, wäre dies allenfalls ein Grund, Asylsuchende vorläufig in der Schweiz aufzunehmen.

Den Flüchtlingsstatus stuft der Luzerner Regierungsrat auch deshalb als problematisch ein, weil er den Familiennachzug ermögliche und fördere. Dies sei sowohl für die Emigration aus Eritrea wie auch für die Immigration in die Schweiz falsch, heisst es in dem Brief. Ein finanzielles Problem für die Kantone sind gemäss Graf die minderjährigen Asylsuchenden aus Eritrea. Diese müssten in Pflegefamilien platziert werden. Die übliche Asylpause reiche dafür aber nicht aus. Es brauche eine «kostengerechte Entschädigung» durch den Bund.

«Luzerner Aussagen treffen nicht zu»

REAKTIONEN «Welchen Schutz Asylsuchende aus Eritrea erhalten, ist kein politischer Entscheid, sondern eine rechtliche Frage», schrieb das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) am Mittwochabend in einer auf Anfrage versandten Stellungnahme. Es verwies auf das Asylgesetz und die Flüchtlingskonvention. Das Anliegen der Luzerner Regierung, eritreischen Asylbewerbern nicht in jedem Fall den Flüchtlingsstatus zu gewähren, sei gängige Praxis und somit längst Realität, schrieb das EJPD. «Rund der Hälfte der eritreischen Asylsuchenden, die in der Schweiz Schutz erhalten haben, wurde nicht Asyl gewährt, sondern eine vorläufige Aufnahme.» Die Aussage der Luzerner Regierung, wonach Asylsuchenden aus Eritrea der «Flüchtlingsstatus in jedem Fall» gewährt werde, treffe also nicht zu. Auf die übrigen im Brief erwähnten Anliegen wird Bundespräsidentin und EJPD-Vorsteherin Simo-

netta Sommaruga auf dem ordentlichen Weg antworten.

Auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH kritisiert den Vorstoss des Luzerner Regierungsrates. Laut einem Sprecher des SFH sei es nicht die Aufgabe der Luzerner Regierung, Einstufungen vorzunehmen, was einzelne Herkunftsländer betrifft. Dafür gebe es Spezialisten. Vielmehr wolle wohl der Luzerner Sozialvorsteher Guido Graf Wahlkampf für seine Partei betreiben, so der Sprecher des SFH weiter.

Massive Kritik kommt von der Luzerner SP. «Mit deplatzierten Polemik versucht Regierungsrat Guido Graf, von seinen eigenen Versäumnissen abzulenken», heisst es in einer Medienmitteilung. Die SP fordert den Regierungsrat auf, «endlich Verantwortung wahrzunehmen und nicht unnötig Energie in billigen Populismus zu stecken».

sda/ca.

UNO:

«Eritrea ist ein totalitärer Staat»

Der Luzerner Regierungsrat schätzt die Lage in Eritrea damit anders ein als die UNO. Mike Smith, der Präsident der UNO-Untersuchungskommission für Menschenrechte, hatte Ende Juni erklärt, wer glaube, Eritreerinnen und Eritreer würden ihrer Heimat nur aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren, missachte die schlechte Menschenrechtslage in dem Land. Eritrea sei ein totalitärer Staat, der seine Bevölkerung mit einem grossen Überwachungssystem unterdrücke.

Schwyz fordert koordinierten Widerstand der Kantone

Kritik an der Asylpraxis des Bundes äusserte am Mittwoch auch der Schwyzer Landammann und Vorsteher des Umweltschutzdepartements, Andreas Barraud (SVP). In einem Interview mit dem «Boten der Urschweiz» sagte er, die Kantone müssten sich zusammen tun und dem Bund ein «klares Signal» senden, dass «aus bestimmten Regionen» keine weiteren Asylbewerber mehr aufgenommen werden könnten. Die heutige Asylpraxis sei nicht mehr tragbar.

sda/ca.

Guido Graf: «Das ist ein Notruf»

Guido Graf, UNO-Menschenrechtsrat, Flüchtlingsorganisationen und sämtliche europäischen Staaten kommen zum Schluss, dass Menschen aus Eritrea wegen der kritischen Lage in ihrem Land Anrecht auf Schutz haben. Aufgrund welcher Quellen kommt der Kanton Luzern zu einer anderen Einschätzung?

Wir kommen nicht zu einem anderen Schluss. Flüchtlinge, die Schutz brauchen, sollen diesen bei uns nach wie vor bekommen. Auch Menschen aus Eritrea. Und die Eritreer – das möchte ich deutlich festhalten – sind auch kein

WB-GESPRÄCH

von Stefan Calivers

Sicherheitsproblem in unserem Kanton. Aber nicht alle von ihnen sind an Leib und Leben bedroht. Viele junge Leute verlassen das Land wegen der wirtschaftlichen Lage und des drohenden Militärdienstes. Das sind keine Asylgründe. Der Kanton Luzern muss pro Monat 100 neue Plätze für Asylsuchende zur Verfügung stellen. Unser System ist am Anschlag. Wenn nichts passiert, bricht es zusammen.

Aber das ist – mit Verlaub – ein logistisches Problem. Deswegen kann man doch nicht einfach über Nacht die Kriterien für den Flüchtlingsstatus ändern.

Nochmals: Echt Verfolgten wollen wir auch in Zukunft Schutz bieten. Sollten die Eritreer bei einer Rückführung tatsächlich von Gewalt und Haft bedroht sein, wird mit dem Status der vorläufigen Aufnahme auch Schutz gewährt. Der Flüchtlingsstatus jedoch ermöglicht den Familiennachzug und fördert diesen sogar. So kann es nicht weitergehen. Wir können die Situation im Kanton Luzern bis Ende August noch meistern, danach fehlen uns die Unter-



Regierungsrat Guido Graf wehrt sich gegen Vorwürfe, populistisch zu handeln. Foto zvg

künfte. Also Platz für Flüchtlinge, die wirklich verfolgt werden.

Weil Sie von den Gemeinden im Stich gelassen werden?

Nein, die Gemeinden machen fast ausnahmslos einen hervorragenden Job. Aber sie sind am Anschlag. Diese Sorgen müssen wir als Regierung ernst nehmen.

Die Schweiz hat aber schon ganz andere Flüchtlingskrisen gemeistert, etwa in den Neunzigerjahren

während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, als viel mehr Menschen bei uns aufgenommen wurden als heute.

Damals verfügte unser Land im Asylwesen über eine ganz andere Infrastruktur. Sie wurde dann vom damaligen

Bundesrat Blocher drastisch zurückgefahren. Jetzt schafft es der Bund nicht, diese Strukturen innert nötiger Frist wieder aufzubauen. Weil die Zahl der Asylsuchenden so enorm schnell zunimmt.

Also ist der Bund letztlich an der misslichen Lage schuld.

So will ich das nicht sagen. Bund, Kanton und Gemeinden stehen gemeinsam in der Verantwortung, diese schwierige Herausforderung zu meistern. Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten. Aber

«Wenn nichts passiert, bricht unser Asylsystem bald zusammen.»

Guido Graf Sozialdirektor des Kantons Luzern

nochmals: Unser System ist am Zusammenbrechen. Der Brief der Luzerner Regierung an Bundespräsidentin Sommaruga ist ein Notruf.

Warum erfolgt dieser Notruf öffentlich? Hätte man diese Angelegen-

heit nicht bilateral mit den Bundesstellen besprechen können?

Das Gespräch mit dem Bund haben wir schon mehrfach gesucht. Ich habe Frau Bundesrätin Sommaruga bereits mit einem Schreiben vom November 2014 darauf hingewiesen, dass die Situation in den Kantonen aus dem Ruder läuft, wenn die Asylpraxis nicht geändert wird.

Heizt die Luzerner Regierung mit ihrem Vorgehen die negative Grundstimmung in der aktuellen Asyldebatte nicht noch zusätzlich an? Will sich der Kanton Luzern besonders profilieren oder gar am Stammtisch punkten?

Gegen solche Vorwürfe müssen ich und meine Kollegen uns verwehren. Wir machen auch keine (Partei-)Politik im Hinblick auf die Herbstwahlen, wie uns jetzt verschiedentlich vorgeworfen wird. Wir wollen Lösungen, keine Polemik. Und wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen.

Am gleichen Tag wie die Luzerner Regierung hat sich auch der Schwyzer Landammann Andreas Barraud (SVP) zur Asylthematik geäussert: Die Kantone müssten sich zusammen tun und dem Bund ein «klares Signal» senden, dass «aus bestimmten Regionen» keine weiteren Asylbewerber mehr aufgenommen werden könnten. Eine «Gelbe Karte» im Hinblick auf einen Aufnahmestopp einiger Kantone sei eine Möglichkeit, um mit den Bundesbehörden über eine Lösung verhandeln zu können. Läuft da eine konzentrierte Aktion der Kantone?

Nein, dass das Interview am gleichen Tag erschienen ist, ist reiner Zufall. Es ist keine «konzentrierte» Aktion der Kantone im Gange. Und unsere Position ist auch nicht die gleiche wie jene des Kantons Schwyz. Wir wollen keine Verweigerung, sondern Lösungen.

KOMMENTAR

«Bravo! Endlich Widerstand gegen die Asylpraxis in Bezug auf die Wirtschaftsmigranten aus Eritrea»: Die Kommentare in den sozialen Medien sind eindeutig. Die meisten gratulieren der Luzerner Regierung zu ihrem Mut, die Asylpraxis und insbesondere den Flüchtlingsstatus der Eritreer öffentlich zu kritisieren. Aber ist es wirklich mutig, dem Volk nach dem Mund zu reden? Und dabei zumindest in Kauf zu nehmen, dass der schwelende Unmut in der Bevölkerung noch befeuert wird? Nein, mutig ist anders.

Dass Sozialdirektor Guido Graf und sein Departement eine schwere, ja sehr schwere Aufgabe zu lösen haben, ist unbestritten. Und dass es alles andere als angenehm ist, gleichzeitig Forderungen und Erwartungen von oben (Bund) und von unten (Gemeinden) zu erfüllen, bestreitet niemand. Aber alle drei Staatsebenen haben in diesem schwierigen Dossier ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Einschätzung der Lage in den Herkunftsländern von Flüchtlingen ist Sache des Bundes. Ebenso die Festlegung der Kriterien, welchen Status sie erhalten. Das Pferd wird am Schwanz aufgezäumt, wenn Vollzugsprobleme damit gelöst werden, indem man ohne nachweislichen Grund einfach die Kriterien anpasst. Und in der Einschätzung der Lage in Eritrea wird die Luzerner Regierung wohl kaum über mehr Kompetenz verfügen als Fachleute des Bundes und der UNO.

Der «Notruf» des Regierungsrates ist zwar aus seiner Sicht nachvollziehbar, könnte sich aber bald als Bumerang erweisen: Gegenüber den Gemeinden hat er seine eigene Autorität untergraben. Oder wie will er künftig die Kommunen davon überzeugen, dass sie Asylsuchende, insbesondere aus Eritrea, noch aufnehmen sollen?

Stefan Calivers